

20-Jähriger aus dem Kaukasus soll der Täter sein

Terroranschlag auf Moskauer Flughafen galt vor allem Ausländern

VON ULF MAUDER

MOSKAU. Den Terroranschlag auf dem Moskauer Flughafen Domodedowo mit insgesamt 36 Todesopfern soll ein 20 Jahre alter Selbstmordattentäter aus dem Nordkaukasus begangen haben. Das sagte der Sprecher der nationalen Ermittlungsbehörde, Wladimir Markin, am Samstag nach Angaben der Agentur Interfax. Der bei der Explosion am vergangenen Montag zerrissene Körper des Mannes sei inzwischen identifiziert worden. Einen Namen nannte er nicht. Die Tat sei aber aufgeklärt, mehrere weitere Tatverdächtige würden gesucht.

Laut der Mitteilung des Untersuchungsausschusses galt der Anschlag Montag „in erster Linie ausländischen Staatsbürgern“. Es sei „kein Zufall gewesen, dass der Terrorakt in der internationalen Anflughalle des Flughafens ausgeführt wurde“, hieß es. Bei dem Blutbad waren auch 180 Menschen verletzt worden. Dutzende lagen am Wochenende weiter im Krankenhaus. Die Terroristen hätten sich den internationalen Flughafen gezielt ausgesucht, um möglichst viele Ausländer zu töten, sagte Markin. Unter den Opfern waren auch ein 34 Jahre alter Geschäftsmann aus Köln und zwei Briten sowie weitere EU-Bürger. Die Behörden hatten islamistische Gruppen aus dem Nordkaukasus unmittelbar nach der Explosion für die Tat verantwortlich gemacht.

Nach einem Bericht der Zeitung „Kommersant“ wurde die Bombe am Gürtel des Selbstmordattentäters über einen Fernzunder in die Luft gesprengt. Mit dem 20-Jährigen starben 35 Menschen in der Ankunftshalle des Flughafens.

Präsident Dmitri Medwedew wies Regierungschef Wladimir Putin am Samstag schriftlich an, bis März ein Sicherheitssystem für den öffentlichen Verkehr auszuarbeiten. Dabei sollten auch neue technische Hilfsmittel eingesetzt werden. Außerdem ordnete Medwedew an, bis Juli ein strengeres Gesetz zum Handel mit Sprengstoff auszuarbeiten.

Pressestimmen

Die Zeitungen kommentieren die Verlängerung des Afghanistan-Mandats.

Flenburger Tageblatt

Zumindest in einem Punkt haben die Kritiker der Verlängerung allemal recht. Das Mandat mit dem unter Vorbehalt stehenden Abzugsdatum ist schwammig formuliert – glücklicherweise. Denn ein Beginn des Abzugs aus Afghanistan kann bis Ende 2011 allenfalls marginal stattfinden – zu viel ist noch zu tun am Hindukusch.

Nordwest-Zeitung

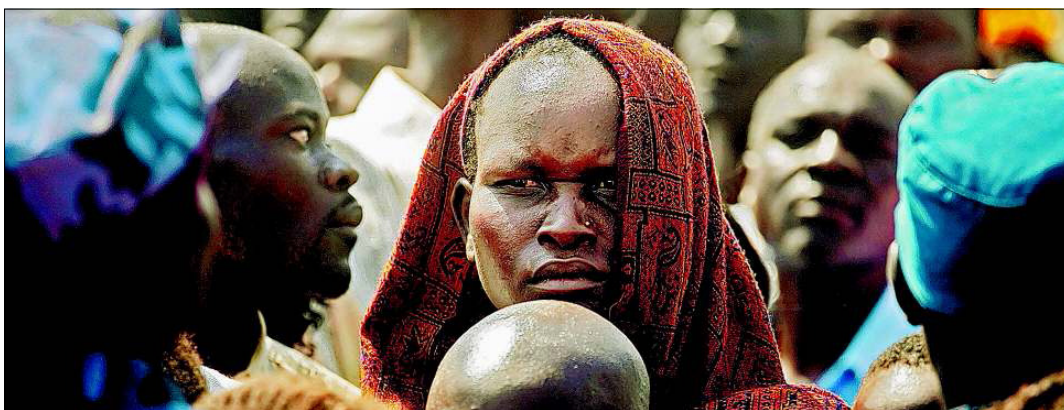
Verglichen mit der 90 000 Soldaten umfassenden US-Armee würde der knapp 5000 Soldaten umfassende deutsche Beitrag geradezu bescheiden. Aber der bislang entrichtete Blutzoll mahnt zu größerer Gewissenhaftigkeit: 45 Bundeswehr-Soldaten, knapp die Hälfte davon in kriegerischen Auseinandersetzungen, ließen ihr Leben in dem asiatischen Land. Niemand weiß, ob 2011 die Entscheidung im Kampf gegen die Terroristen bringt, aber es ist das Jahr, in dem der Rückzug deutscher Soldaten beginnt. (Oldenburg)

Sächsische Zeitung

Die Diskussion über den Abzugstermin hat mit der Lage im Einsatzland nicht viel zu tun. Regierung und SPD trauen sich eine offene Debatte über den Einsatz nicht zu. Je weniger sich die Öffentlichkeit für den Einsatz interessiert, desto besser. (Dresden)

Krise zwischen USA und Pakistan

ISLAMABAD (dpa). Die Festnahme eines Mitarbeiters der US-Botschaft in Pakistan hat zu schweren diplomatischen Verstimmungen zwischen den beiden Ländern geführt. Die US-Botschaft forderte die sofortige Freilassung des Diplomaten, der zwei Männer in der Stadt Lahore erschossen hat. Nach Angaben der Botschaft hatte er zur Selbstverteidigung das Feuer eröffnet. Der stellvertretende Generalstaatsanwalt der Provinz Punjab, Rana Bakhtiar, widersprach dieser Darstellung am Sonntag. Bakhtiar sagte, es habe sich nicht um Selbstverteidigung gehandelt, da beiden Opfern in den Rücken geschossen worden sei. Aus dem Außenministerium in Islamabad hieß es, man vermute, dass der Schütze dem US-Geheimdienst CIA angehöre. Der Mann blieb ungeachtet der Forderung der Amerikaner auch am Sonntag in Polizeigewahrsam.



Warten auf den eigenen Staat

Ein Sudanésin steht inmitten einer Menge, die auf die Bekanntgabe der Ergebnisse des Referendums warten. Fast alle Südsudanesen haben offiziellen Angaben zufolge für die Unabhängigkeit gestimmt. „Die Zustimmung zur

Abspaltung lag bei 99,57 Prozent“, sagte der stellvertretende Wahlleiter Chan Reek Madut am Sonntag bei der ersten offiziellen Bekanntgabe des Ergebnisses. Es enthält noch nicht die Zahlen der Abstimmung im Norden Sudans

und in acht anderen Staaten, wo Wähler aus dem Südsudan entscheiden konnten. Dies ist aber ein kleiner Anteil der Stimmberechtigten. Das Endergebnis wird Anfang Februar erwartet. Es wird damit gerechnet, dass der Süden seine

Unabhängigkeit am 9. Juli erklärt. Die Volksabstimmung war Teil eines Friedensabkommens von 2005, das den 20 Jahre währenden Bürgerkrieg beendete. Durch die Kämpfe kamen zwei Millionen Menschen ums Leben. Foto: ddpd

„Die EU ist in der Weltspitze“

Der Politikwissenschaftler Weidenfeld über den globalen Einfluss Europas und das Selbstverständnis der Europäer

In der kommenden Woche werden sich Politiker aus aller Welt wieder zur Münchener Sicherheitskonferenz treffen. Die Stärke Europas wird unterschätzt und die Europäer machen sich selbst schlecht, meint der Münchener Politikwissenschaftler Werner Weidenfeld.

VON UNSEREM KORRESPONDENTEN RALF MÜLLER, MÜNCHEN

Herr Professor Weidenfeld, in einem Ihrer Aufsätze haben Sie Europa das Potenzial zur Weltmacht zugeschrieben. Da dürfte man in Washington, Peking und Moskau aber herzlich gelacht haben?

Sie müssen sich vor Augen halten, was eine Weltmacht ausmacht. Da gibt es vier Kategorien: wirtschaftliche Stärke, politische Stabilität, wissenschaftliche Potenz und militärische Ausstattung. In allen vier Kategorien ist die Europäische Union in der Weltspitze. Das ist keine Frage. Was fehlt, ist ein strategisches Profil. Da hat Europa nach wie vor Defizite. Doch das ist ein kultureller Prozess, da sind wir mittendrin.

Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt meint,

man müsse sich den Namen der europäischen Außenministerin Ashton nicht merken. Zum deutschen Außenminister können Sie auch etwas Kritisches sagen. Oder zum französischen. Es geht mir um die strukturelle Frage. Wenn die EU mit einer Stimme sprechen soll, dann brauchen Sie dafür einen funktionierenden Unterbau. Sie brauchen ein Auswärtiges Amt. Und das ist jetzt im Aufbau. Unabhängig davon gibt es ein Defizit an Strategiekultur in Europa. Wenn Sie nach Amerika gehen, können Ihnen die politischen Verantwortlichen dort sofort sagen, was die fünf Hauptinteressen der USA sind, was die fünf Nebeninteressen und welche Dinge für sie keine Relevanz haben. Fragen Sie so etwas mal einen Europäer.

Derzeit macht der Euro Sorgen. Der frühere Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie, Hans-Olaf Henkel, plädiert für getrennte Finanzzonen, die eine angeführt von Deutschland mit dem starken Nord-Euro, und dem Club Med der Mittelmeeranrainer mit dem Süd-Euro. Eine gute Idee?

Eine gemeinsame Währung braucht einen gemeinsamen politischen Rahmen. Der muss unterfüttert sein wenigstens von einem Hauch politischer Identität. Weder den Rahmen noch diese Identitätserfahrung

wird es in Europa in dieser Art der Teilung geben. Insofern ist es eine originelle Idee, aber eher eine für den Papierkorb. Wenn Sie jetzt bei der Währung künstlich spalten, läuft das dem Willen zur politischen Einheit zuwider. Wenn ich in Italien leben würde, wäre ich nicht dafür, dass sich in eine mediterrane Gruppe abgeschieden und von Europa abgehängt werde.

Es wird aber durchaus ernsthaft darüber diskutiert, ob die Griechen die Währungsunion nicht besser verlassen sollten. Dazu sind wir jetzt zu weit verwoben. Es gibt immer Hochkonjunktoren für solche Katastrophen- und Untergangsszenarien. Die Erfolgsgeschichte der Europäischen Integration war immer begleitet davon. Als der Euro geschaffen wurde, gab es einen großen Artikel der bedeutenden internationalen Fachzeitschrift „Foreign Affairs“, die das Scheitern prophezeite. In Europa werde darüber bald ein Krieg ausbrechen, hieß es in dem Artikel. Der Euro ging runter auf 1,19 Dollar. Sofort konnten Sie überall lesen: Ende des Euro. Niemand hat dazu geschrieben, dass der Euro bei seiner Einführung bei 0,79 Dollar gestartet war. Bei 1,19 war er auf einmal dem Untergang geweiht. Was soll diese ganze Untergangsrhetorik?

Wen würden Sie heute zu Europa zählen? Alles gehört zu Europa, wo die Menschen wie selbstverständlich sagen „Wir Europäer“. Um in die Organisationsform Europäische Union zu kommen, müssen sie allerdings bestimmte Kriterien erfüllen. Ist das der Fall, dann wird die Organisation angelegt. So hat sich die EU vom Europa der sechs zum Europa der 27 entwickelt. Aus meiner Sicht ist heute nicht wirklich zu definieren, wo man die Grenze ziehen und sagen soll: Stopp, der gehört nicht dazu. Das ist eine Frage der Kulturerfahrung.

Wenn die Türken sagen „Wir Europäer“, gehören sie also dazu? Wenn sie sagen „Wir Europäer“ und wenn die Prüfung ergibt, sie erfüllen die Kriterien, dann muss ihnen der Zugang eröffnet werden. Ist das nicht der Fall, dann wird der Zugang nicht eröffnet. Auch das muss klar sein. Ich halte es für einen Fehler der EU-

Zur Person

Werner Weidenfeld

- 1947 geboren in Cochem
- 1966 in Koblenz
- 1966-1971 Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und Philosophie an der Universität Bonn
- 1975 Habilitation
- 1975-1995 Professor für Politologie an der Uni Mainz
- 1987-1999 Koordinator der Bundesregierung für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit
- Seit 1995 Lehrstuhl für Politische Systeme und Europäische Einigung, Uni München



Politik, dass man die Türkei nicht wie eine geostrategische Schlüsselkraft behandelt hat. Hätte man der Türkei zugestanden, mit Europäern, Amerikanern und Russen auf Augenhöhe umzugehen, wäre die ganze Frage des Beitritts endtriumphalisch worden.

Helmut Schmidt beklagt, dass Europa die Führungspersönlichkeiten fehlen. Es scheint, als nähmen die Amerikaner die Europäer als machtpolitischen Faktor nicht ernst.

Es gibt eine lange außenpolitische Tradition der USA. Europa immer ein wenig zu unterschätzen. Richtig ist, dass die Amerikaner kühl Differenzen zwischen den Europäern analysieren und bei der Durchsetzung ihrer Interessen nutzen. Das haben sie immer betrieben. Das kann man ihnen nicht verwehren. Die zweite Facette: Schmidt hat recht, wenn er auf eine Schwäche der europäischen Grundkonstellation hinweist, nämlich den Mangel an strategischen Köpfen. Europa hat immer mal wieder das Glück gehabt, über strategische Köpfe zu verfügen, die große Schritte nach vorn gemacht haben. Das kann man derzeit nicht sagen. Im Moment sind wir, positiv gesprochen, in hoffnungsvoller Erwartungshaltung.

Hintergrund

Münchener Sicherheitskonferenz

Die Münchener Sicherheitskonferenz gilt als eines der international wichtigsten Treffen. Drei Tage lang diskutieren Staatschefs, Sicherheitspolitiker sowie Vertreter aus Armee, Rüstungsindustrie und Wissenschaft über aktuelle Sicherheitsthemen.

Da die mehr als 350 Teilnehmer aus rund 50 Staaten keine Beschlüsse fassen, können sie ohne Entscheidungsdruck öffentlich oder in geschlossener Runde kritische Fragen diskutieren und Strategien entwickeln. Ins Leben gerufen wurde das Treffen 1962 als „Wehrkundtagung“ von dem deutschen Verleger Ewald von Kleist.

Anfangs bestimmte vor allem das Ost-West-Verhältnis und der Kalte Krieg zwischen der Nato und dem Warschauer Pakt die Tagesordnung. Nach dem Ende des Kalten Krieges wurde das Forum dann in „Sicherheitskonferenz“ umbenannt, um den internationalen Charakter zu unterstreichen. Helmut Kohl, ehemaliger sicherheitspolitischer Berater der Regierung Helmut Kohl, übernahm im Jahr 1998 die Leitung und öffnete die Konferenz für Staaten aus Mittel- und Osteuropa sowie Asien. Sein Nachfolger wurde 2008 der frühere deutsche Botschafter in London und zuvor auch Washington, Wolfgang Ischinger. (dpa)

Euro kehrt gestärkt aus Davos zurück

Schäuble sieht Währung außer Gefahr – Merkel warnt Euro-Partner vor zu hohen Forderungen

VON HEINZ-PETER DIETRICH

DAVOS. Der Euro ist der Sieger der Davos-Woche: Fünf Tage lang wurde die Gemeinschaftswährung beim Weltwirtschaftsforum als unverzichtbar bezeichnet. Nachdem bereits Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy und Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sich zum Festhalten am Euro verpflichtet hatten, legten Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) und seine französische Amtskollegin Christine Lagarde ihre Hand für ihn ins Feuer.

Das Forum ging gestern zu Ende. Nach Dutzenden von Diskussionen unter den rund 2500 Teilnehmern aus Wirtschaft und Politik sind viele Fragen offengeblieben. Denn Probleme gibt es viele: Die Schuldenberge seien nicht abgebaut, die Instrumente zur Bändigung von Krisen fehlten, die Rohstoff- und Energieverwertung sei nicht geerdet und die Umwelt leide weiter. Die Erstarbung der Schwellenländer wie etwa China und Indien war in Davos unübersehbar. Doch ihr unkontrollierter Boom brachte auch viele Mahner auf den Plan: Gefährliche „Blasen“ drohten.

In Sachen Euro habe sich dagegen in

Davos nun ein gewisser Wandel zum Positiven abgezeichnet, hieß es unter Teilnehmern. Auch Banker wie Robert Diamond, Chef der britischen Bank Barclays, sehen das so. Niemand diskutierte mehr ein Ende des Euro oder das Zerbrechen der Eurozone. Auch Schäuble erwartete keine weiteren Schocks für den Euro in der nächsten Zeit. „Der Euro wird stabil sein. Wir sind bereit und können die Stabilität des Euro verteidigen“, sagte Schäuble. „Das ist schwierig, und wir haben viel zu diskutieren.“

Rascher Abbau der Staatsschulden ist für den Bundesfinanzminister die Vorbedingung für Wachstum

Lagarde wies Vermutungen zurück, die schlechte Lage um den Euro habe sich von „aktuell in chronisch“ gewandelt. „Wir haben die Wende geschafft“, hielt sie mit dem Hinweis dagegen, dass der Rettungsfonds EFSF erfolgreich am Kapitalmarkt aufgenommen worden sei. Das Vertrauen in die Währungsunion sei zurückgekehrt.

Im Gegensatz zur amerikanischen Regie-

rung steht für Schäuble außer Zweifel, dass der rasche und entschlossene Abbau der Staatsschulden die Vorbedingung für Wachstum war und ist. Auch Merkel hatte in Davos davon gesprochen, dass es keine Euro-Krise, sondern eine Schuldenkrise gebe. Die Bundeskanzlerin ließ zugleich erkennen, dass die Solidarität Deutschlands mit seinen Euro-Partnern Grenzen hat und nicht alles gezahlt wird. Merkel will Hartz-IV-Empfänger nicht mehr erklären müssen, warum nicht auch sie von Renten wie in Griechenland profitieren können.

Mit Blick auf die vom Weltwirtschaftsforum gesuchten „neuen Normen“ für die globalisierte Welt sagte Merkel, gegenwärtig sei der wohl schwierigste Lernprozess, dass sich Nationalstaaten von außen „etwas sagen lassen“ müssten.

Ein noch freierer Welthandel könnte nach Ansicht Merkels der Schlüssel zur Gesundung der noch unter der Krise leidenden Volkswirtschaften oder zum allgemeinen Weltwachstum sein. Am Rande des Wirtschaftsforums wurde deshalb von 24 Ländern beschlossen, die seit zehn Jahren laufende Doha-Runde der Welthandelsorganisation (WTO) bald erfolgreich zu beenden.

Weg für Neuwahlen in Irland ist frei

DUBLIN/LONDON (dpa). Das von einer Finanzkrise gebeutelte Irland kann jetzt eine neue Führung zusammenstellen. Der Senat in Dublin verabschiedete am Samstag das Haushaltsgesetz und machte damit den Weg für baldige Neuwahlen frei. Alle Punkte der Budget-Gesetze erhielten die notwendige Mehrheit auch in der zweiten Parlamentskammer, nachdem sie zuvor bereits vom Unterhaus verabschiedet worden waren.

Die Haushaltsgesetzgebung ist eine wesentliche Voraussetzung für die internationale Finanzhilfe. Irland ist als bisher einziges Land unter dem Rettungsschirm von Internationalen Währungsfonds und EU geschlüpft. Das Hilfsprogramm umfasst 85 Milliarden Euro, wovon 17,5 Milliarden Euro aus Irland selbst kommen. Das Gesetzpaket umfasst einen Sparhaushalt für 2011 mit Kürzungen und Steuererhöhungen im Volumen von sechs Milliarden Euro. Weitere neun Milliarden Euro sollen bis 2014 eingespart werden. Die Zustimmung galt nicht als sicher, weil die Regierung von Premierminister Brian Cowen nach dem Austritt der Grünen aus der Koalition keine parlamentarische Mehrheit mehr hat.